

Antrag

der Abgeordneten Dr. Rolf Olderog, Wilfried Bohlsen, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Klaus Brähmig, Werner Dörflinger, Hans-Joachim Fuchtel, Karin Jeltsch, Dr. Dionys Jobst, Michael Jung (Limburg), Dr. Gerhard Päselt, Rosemarie Priebus, Günter Marten, Dr. Christian Neuling, Ulrich Schmalz, Dr. Rudolf Sprung, Ferdi Tillmann, Dr. Klaus-Dieter Uelhoff, Simon Wittmann (Tännesberg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Michaela Blunk (Lübeck), Dr. Eva Pohl, Dr. Olaf Feldmann, Roland Kohn, Jürgen Türk, Lisa Peters, Marita Sehn, Birgit Homburger, Horst Friedrich und der Fraktion der F.D.P.

Urlaubs- und Freizeitmöglichkeiten für behinderte Menschen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Reisen dient der Erholung, Lebensfreude, Entspannung und Bildung sowie der gesundheitlichen Prävention und Regeneration für alle. In der Bundesrepublik Deutschland sind mit fortschreitendem Wohlstand Urlaub und Reisen immer mehr Menschen möglich geworden. Für viele ist der Urlaub ein unverzichtbarer Bestandteil ihres Lebens.

Urlaub und Reisen haben eine wesentliche soziale Komponente. Sie dienen der Kommunikation, vermitteln Kontakte und Erfahrungen und erweitern das Gesichtsfeld der Bürger. Gerade für behinderte Menschen, deren gesellschaftliche Integration in der Regel wesentlich schwieriger ist als bei nicht behinderten Mitbürgern, bieten Urlaub und Reisen eine Chance zur Akzeptanzsteigerung und sozialen Eingliederung. Urlaubs- und Freizeitgestaltung für behinderte Menschen ergänzen die schon seit langem währenden Anstrengungen der Bundesregierung und der gesellschaftlichen Kräfte zur beruflichen Eingliederung.

Die Maßnahmen zur Schaffung von Urlaubs- und Freizeitmöglichkeiten für behinderte Menschen sind vielfältig und orientieren sich an den unterschiedlichen Bedürfnissen der behinderten Menschen. Eine barrierefreie Umwelt ist für die mobilitätsbehinderten Menschen vorrangig. Maßnahmen zur Verbesserung der Mobilität von behinderten Menschen sind ebenfalls hilfreich für Familien mit Kindern und Senioren, die

auf dieselben Schwierigkeiten wie mobilitätsbehinderte Menschen stoßen. Sinnes-, geistig und psychisch behinderte sowie organ- und stoffwechselgeschädigte Menschen treffen auf andere Schwierigkeiten.

Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit, insbesondere der betroffenen gesellschaftlichen Gruppen (z. B. der Freizeitindustrie und des Hotel- und Gaststättengewerbes), sind Voraussetzung für den zügigen Abbau der unterschiedlichen, individuellen Hemmnisse zur Schaffung der Urlaubs- und Freizeitmöglichkeiten für behinderte Menschen. Eine gelungene gesellschaftliche Integration der behinderten Menschen und ihrer Angehörigen wirkt sich nicht nur positiv auf den Kreis der Betroffenen aus. Sie ist vielmehr Zeichen der Integrationsfähigkeit unserer pluralistischen Gesellschaft und Beispiel für den Kooperationswillen und die Kooperationsfähigkeit einer offenen Gesellschaft gegenüber ihren Mitgliedern.

- II. Der Deutsche Bundestag begrüßt ausdrücklich alle in der Vergangenheit erreichten Fortschritte, die helfen, den behinderten Menschen das Reisen und eine individuelle und selbstbestimmte Urlaubsgestaltung zu ermöglichen. Er würdigt das Engagement aller staatlichen und privaten Stellen zur Integration behinderter Menschen.
- III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Zusammenwirken mit den Ländern, Kommunen, der EG sowie anderen zuständigen Behörden und Organisationen, insbesondere der Fremdenverkehrsorganisationen und Behindertenverbände, darauf hinzuwirken, daß die Reise-, Urlaubs- und Freizeitmöglichkeiten von behinderten Menschen über das bisher erreichte Maß mit folgenden Maßnahmen weiter erleichtert werden:
 1. Behindertengerechte, barrierefreie Bauweise gemäß den entsprechenden DIN-Normen und Richtlinien bei künftigen Projekten der Verkehrs- und Baulasträger. Private Bauträger sollten bei Planung von Hotels, Restaurants und Freizeitparks und bei der Gestaltung von Freizeitprogrammen die Bedürfnisse der Behinderten berücksichtigen. Dabei sollte insbesondere geachtet werden auf
 - die kontrastreiche Gestaltung zur Mobilitäts erleichterung für Sehbehinderte zur Verbesserung der Zugänglichkeit öffentlicher Gebäude und Einrichtungen und
 - die Standardisierung von Funktionselementen zur leichteren Handhabung (z. B. Bedienungsanlagen und -tafeln in Aufzügen in einem bestimmten Seiten- und Bodenabstand),
 2. Ausweisung behindertengerechter Freizeit-, Kur- und Bildungseinrichtungen (z. B. Sportstätten, Museen etc.),
 3. Stärkung einer zielgruppenorientierten Informations- und Öffentlichkeitsarbeit auch insbesondere unter Einbeziehung der touristischen Spitzenorganisationen und der Fremdenverkehrsstellen mit dem Ziel

- der Verbesserung der Akzeptanz, insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Ausschreitungen und Gewalthandlungen gegenüber behinderten Mitbürgern in unserer Gesellschaft,
- der zügigen Realisierung aller Schritte, die für ein behindertengerechtes Reisen erforderlich sind, insbesondere Informationen über spezielle Urlaubsmöglichkeiten für Behinderte und behindertengerechte Einrichtungen und Urlaubsmöglichkeiten.

Bonn, den 1. Dezember 1993

Dr. Rolf Olderog
Wilfried Bohlson
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Klaus Brähmig
Werner Dörflinger
Hans-Joachim Fuchtel
Karin Jeltsch
Dr. Dionys Jobst
Michael Jung (Limburg)
Dr. Gerhard Päselt
Rosemarie Priebus
Günter Marten
Dr. Christian Neuling
Ulrich Schmalz
Dr. Rudolf Sprung
Ferdi Tillmann
Dr. Klaus-Dieter Uelhoff
Simon Wittmann (Tännesberg)
Anneliese Augustin
Dr. Wolf Bauer
Hans-Dirk Bierling
Dr. Joseph-Theodor Blank
Renate Blank
Paul Breuer
Monika Brudlewsky
Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Wolfgang Dehnel
Albert Deß
Renate Diemers
Maria Eichhorn
Wolfgang Engelmann
Rainer Eppelmann
Horst Eylmann
Anke Eymer
Dirk Fischer (Hamburg)
Erich G. Fritz
Peter Götz
Elisabeth Grochtmann
Udo Haschke (Jena)
Hansgeorg Hauser (Rednitzhembach)
Manfred Heise
Ernst Hinsken
Joachim Hörster
Siegfried Hornung
Claus Jäger
Dr.-Ing. Rainer Jork
Dr. Egon Jüttner
Dr.-Ing. Dietmar Kansy

Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz)
Thomas Kossendey
Franz Heinrich Krey
Walter Link (Diepholz)
Sigrun Löwisch
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Ursula Männle
Theo Magin
Erwin Marschewski
Rudolf Meinl
Maria Michalk
Alfons Müller (Wesseling)
Erhard Niedenthal
Johannes Nitsch
Friedhelm Ost
Angelika Pfeiffer
Dr. Friedbert Pflüger
Dr. Hermann Pohler
Susanne Rahardt-Vahldieck
Rolf Rau
Dr. Bertold Reinartz
Erika Reinhardt
Helmut Rode (Wietzen)
Kurt J. Rossmann
Heinz Rother
Ortrun Schätzle
Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Trudi Schmidt (Spiesen)
Dr. Andreas Schockenhoff
Joachim Graf von Schönburg-Glauchau
Wolfgang Schulhoff
Wilfried Seibel
Herbert Werner (Ulm)
Dr. Roswitha Wisniewski
Michael Wonneberger
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Dr. Michaela Blunk (Lübeck)
Dr. Eva Pohl
Dr. Olaf Feldmann
Roland Kohn
Jürgen Türk
Lisa Peters
Marita Sehn
Birgit Homburger
Horst Friedrich
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion